

Medienbeobachtung

17.12.2024

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Leiharbeitsfirmen**
17.12.2024 , Kronen Zeitung Seite 6

Kronen Zeitung vom 17.12.2024

Leiharbeitsfirmen

Die Personaldienstleister fordern eine Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds sowie befristete Arbeitsverträge. Außerdem sollen ausländische Leiharbeiter bei Bewilligungen gleichgestellt werden.

Quelle	Kronen Zeitung
Typ	Tageszeitungen
Land	AT

Rewe ökologisiert seine Supermärkte

500 Mio. Euro fließen im aktuellen Geschäftsjahr in die Markt-Begrünung.

Wir geben Architekten und Planern als spezielles Ökotool unser intern formuliertes eigenes Begrünungshandbuch in die Hand, um alle Aspekte des Klimaschutzes schon vor der Errichtung kosteneffizient zu integrieren“, versichert der speziell für Umweltbelange zuständige Rewe-Vorstand Robert Nagele, der damit auch die Bodenversiegelung beim Neubau von neuen Supermärkten so gering wie möglich halten kann. Umgesetzt wird rund um die Themen Biodiversität und ausgeklügeltes Wassermanagement eine durch-

dachte Palette an Maßnahmen. Konkret sichtbar wird die Ökooffensive der Kette durch Schattenbäume, Naturwiesen, Fassadenbegrünungen und versickerungsfähige Parkplätze sowie mit Photovoltaikanlagen bestückten Gründächern. Das vielleicht zukunfts-trächtigste Pilotprojekt wurde jetzt – nomen est omen – in der Pilotengasse in Wien-Donaustadt eröffnet. Dieser Billa-Supermarkt ist ökologisch gesehen bis ins Detail ausgeklügelt. Der Neubau basiert auf zertifiziertem Holz aus Österreich, nutzt erneuerbare



Manager Nagele vor der grünsten Filiale Österreichs in Wien

Energien und fördert die Elektromobilität. Maßnahmen zur Nutzung von Regenwasser für Grünflächen bis hin zur Förderung des Baumwachstums auf Parkplätzen für ein gutes Mikroklima inklusive. Als internationales Vorzeigeprojekt gilt auch der Standort in Obdach in der Steiermark, der als weltweit erster in der Lebensmittelbranche mit der Greenpass-Zertifizierung in Gold ausgezeichnet wurde. Mark Perry

Netzgebühren bald höher

Um rund elf Euro im Monat werden Haushalte im Schnitt ab Jänner mehr für Energie zahlen müssen. Die Gebühren für Strom- sowie Gasnetz steigen nämlich um bis zu 23 Prozent.

Nach der Zustimmung der Energie-Regulierungskommission ist es nun fix: Ab Jänner werden Haushalte und Betriebe einiges mehr für Strom und Gas zahlen müssen. Wie berichtet, geht es um die Netzgebühren, die jeder Verbraucher unabhängig von seinem Energieversorger auf der Rechnung hat. Konkret klettert die Gebühr für Strom über alle Konsumenten um 19%, bei Haushalten sogar um 23%. Beim üblicherweise angenommenen Durchschnittsverbrauch von 3500 kWh im Jahr ergibt das für private Konsumenten rund 73 € Mehrkosten, was im Monat 6,10 € ausmacht. Wer Erdgas verbraucht, bezahlt beim Jahresverbrauch von 15.000 kWh künftig 16,6% mehr. Im Monat sind das weitere rund 5 € zusätzlich. In Summe wird ein Haushalt somit durchschnittlich 11 € monatlich tiefer in die Tasche greifen müssen. Regional gibt es jedoch Unterschiede. Bei Strom steigen die Netzgebühren in Oberösterreich, Niederösterreich und dem Burgenland stärker. Bei Gas ist hingegen in Graz sogar eine



Das Netz wird teurer, die Strompreis-Bremse läuft aus und die Abgaben steigen

Senkung der Gebühr drin. Das liegt an den Gründen der höheren Belastungen. Erstens schlagen sich die hohen Investitionen in das Stromnetz nieder, die wegen der Umwandlung des Energiesystems zu mehr „grünen“ Energiequellen erforderlich sind. Es kommen laufend zusätzliche Erzeuger (PV-Anlagen, Windräder, Biogasanlagen etc.) ans Netz, das deshalb angepasst werden muss. Zudem wird der Stromverbrauch deutlich steigen. „Im Vorjahr wurden noch 2,5 Mrd. €

durch die Nutzungsentgelte aufgebracht, so sind es im laufenden Jahr bereits 3 Milliarden“, erklärt Alfons Haber, Vorstand der Energiebehörde E-Control. Das wird auf alle Verbraucher aufgeteilt. Zweiter Grund ist der spürbar rückläufige Verbrauch, der über die Strom- und Gasnetze läuft. Bei Strom etwa wurde zuletzt durch die vielen Teil-Eigenversorger mit Haus-PV-Anlagen um fast 6% weniger Elektrizität über die Leitungen ausgetauscht. Die hohen

Kosten müssen daher auf weniger Abgabemenge verteilt werden. Bei Gas sank die Menge sogar um rund 7%, etwa wegen des Umstiegs auf andere Heizsysteme, milden Winters und der Konjunkturlaute, die den Verbrauch der Industrie dämpft. Rechnet man noch, dass ab Jänner die Strompreis-Bremse beendet wird und Elektrizitäts- sowie Erdgasabgabe steigen, so wird die Energierechnung wohl für alle Verbraucher spürbar höher. Christian Ebeert



HÖHENFLUG GEHT WEITER

Wichtigste Kryptowährung Bitcoin knackt erneut Allzeitrekord

Der „Trump-Effekt“ versetzt Krypto-Anleger in Euphorie: Die Währung Bitcoin stieg nun auf über 105.000 \$ und lag kurzfristig auch erstmals über 100.000 Euro. „Krypto reift immer weiter zu einer nicht zu vernachlässigenden, seriösen Asset-Klasse heran – und das spiegelt sich aktuell vor allem bei Bitcoin wider“, weiß Analyst Maximilian Michelsen von 21shares. Da die Bitcoin-Menge begrenzt ist und die Nachfrage, auch von institutionellen Investoren, wächst, könnte das virtuelle Geld sogar noch weiter im Wert steigen.

ROSENBAUER-EINSTIEG

Pierer, Mateschitz und Raiffeisen OÖ bei Übernahme auf der Zielgeraden

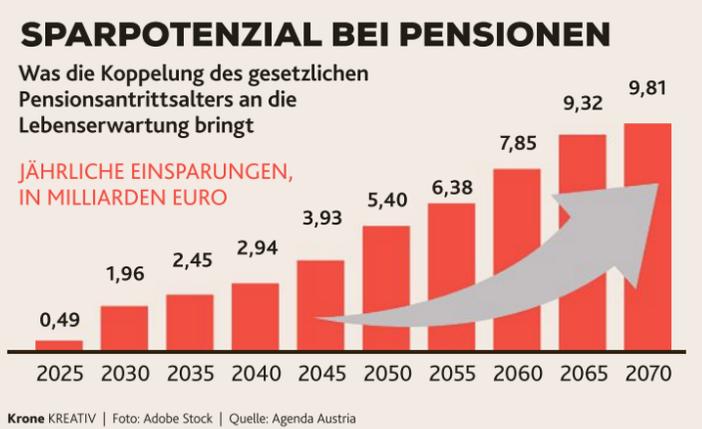
Wegen der Insolvenz beim von Stefan Pierer geführten Motorradhersteller KTM und dem europäischen Restrukturierungsverfahren bei der Pierer Industrie AG wurden Zweifel laut, ob der Einstieg der Robau Beteiligungsverwaltung GmbH bei Pierer, Mark Mateschitz (Bild) und zwei Gesellschaf-



STAATSAUSGABEN

Spätere Pension würde viel bringen

Experten fordern schon lange eine Anhebung des Pensionsalters. Eine sanftere Anpassung an die Lebenserwartung würde den Staat schon klar entlasten. So könnten laut Agenda Austria im Jahr 2025 rund 500 Mio. € eingespart werden, im Jahr 2035 wären es bereits 2,5 Mrd. €.



BUSINESS LINE

- **GRIECHISCHER ERFOLG** Griechenland hat einen Budgetüberschuss von 13,5 Mrd. € erzielt. Sparsamer Umgang mit Steuergeld, Privatisierungen, weniger Hinterziehung und eine gute Konjunktur waren Erfolgsfaktoren.
- **LEIHARBEITSFIRMEN** Die Personaldienstleister fordern eine Reform des Sozial- und Weiterbildungs-
- fonds sowie befristete Arbeitsverträge. Außerdem sollen ausländische Leiharbeiter bei Bewilligungen gleichgestellt werden.
- **NEUE SIGNA-PLEITE** Nächste Pleite im Benko-Imperium: Nun ist auch die Signa-Holding-Tochter Signa Prime 2019 Zwei AT GmbH zahlungsunfähig. Die Passiva betragen 296 Mio. €.